A12 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	30.10.2024
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag

Antragstext

Bündnis 90/ Die Grünen sind aus dem Landtag geflogen, die AfD landet bei über 30%, die Grüne Jugend verliert einen Haufen Mitglieder und wir, in Thüringen, verlieren zusätzlich den Großteil unserer finanziellen Mittel. Selten gab es schwierigere Zeiten für uns.

Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart - Einsparungen in der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration, Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.

Thüringen steht aktuell vor einer neuen Landesregierung aus CDU, BSW und SPD – einer sogenannten Brombeer-Koalition. Damit werden zum einen wichtige umwelt- und klimapolitische Maßnahmen der letzten RRG-Regierung gefährdet – sei es der Ausbau der erneuerbaren oder Fortschritte im ÖPNV. Zum anderen ist das aktuelle Sondierungspapier voll mit diskriminierenden Maßnahmen, während man vergeblich nach echten Lösungen auf Klima-, Bildungs- oder Demokratiekrise sucht. Dem Klimaschutz wird ein (!) Satz gewidmet, die Lösungen für Bildungsungerechtigkeiten sollen ein Weiter-So in der Gestaltung des Schulsystems und umfassendere Handyverbote sein.

Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten Fernwasserversorgung nochgut da. Doch auch hier braucht es Investitionen in Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert werden.

Die Schuldenbremse gefährdet Leben!

<u>Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!</u>

Die Abschaffung der Schuldenbremse wird es mit einer CDU-angeführten

Landesregierung nicht geben, genauso wie konsequente durchfinanzierte antifaschistische Demokratiebildung- und Arbeit. Wir als GRÜNE JUGEND THÜRINGEN sind solidarisch mit allen Antifaschist*innen. Zudem verurteilen wir die staatlichen Repressionen unter denen Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, immer wieder leiden. Vor allem, da sie auf Grundlage der widerlegten Hufeisen-Theorie gerechtfertigt werden. Wir unterstützen antifaschistische Organisierung & Demonstrationen in Stadt und Dorf, und wollen uns in den nächsten Jahren intensiv der antifaschistischen Bündnisarbeit widmen.

Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist nach wie vor erheblich. Während Menschen im Westen durchschnittlich 4.578 Euro verdienen, liegt das Monatsgehalt ihrer Kolleg*innen im Osten bei nur 3.754 Euro. Ostdeutsche Beschäftigte streiken seltener als ihre westdeutschen Kolleg*innen, was auch auf die geringere Tarifbindung zurückzuführen ist. In Thüringen arbeiten nur 44 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Verhältnissen – das ist der niedrigste Wert deutschlandweit. Auch das Vermögen ist nach wie vor ungleich verteilt und sorgt für massive Ungerechtigkeiten. In Thüringen leben mehr als 20% der Kinder und Jugendlichen in Armut. Jetzt gilt es: Alle in die Gewerkschaften! Wir stehen solidarisch an der Seite aller streikenden Arbeitnehmer*innen und streiten weiter für echte Umverteilung von oben nach unten und dafür, dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss.

Und was nun?

Aus Perspektive der Grünen Jugend sind zwei Dinge zentral: Erstens gilt es, weiter Druck auf Landespolitik zu machen, für unsere Forderungen und systemische Antworten auf Klima-, Bildungs- und Demokratiekrise einzustehen. Zweitens ist uns klar, dass tiefgehende gesellschaftliche Transformation niemals vom Parlament ausgeht, sondern von den Menschen. Parlamentarische Arbeit ist nur ein Mittel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Deshalb gilt es in den nächsten Jahren umso mehr, außerparlamentarisch für die Rechte marginalisierter Gruppen in unserer Gesellschaft einzutreten – unabhängig davon, ob diese Menschen durch Rassismus, Armut, Queer- oder Frauenfeindlichkeit benachteiligt sind. Uns zu organisieren und besser zu vernetzen, Schutzräume für junge Menschen vor Ort zu bieten und linke Praxis auf die Straße zu tragen.

Wichtig ist vor allem, dass wir uns weiterhin politisch weiterbilden und unser Wissen möglichst niedrigschwellig teilen. Damit ist allerdings nicht der xte Workshop zu Marx' Kapitalismuskritik und auch nicht das obligatorische kritische-Männlichkeits-Forum gemeint. Viel wichtiger sind Workshops, die unseren Mitgliedern erklären, was Marx' Theorien praktisch bedeuten und wie wir diese in die aktuelle Zeit übertragen können. Nicht jede*r Arbeiter*in muss ein "Kohlekumpel" sein.

Wir müssen anfangen, Bildungsarbeit neu zu definieren, weil Textarbeit echt nicht das einzige Tool sein kann und zu viele Leute ausschließt. Das funktioniert natürlich inzwischen durch Social Media, denn dort können wir (Noch-)Nicht-Mitglieder erreichen und die Gesellschaft aufklären sowie sensibilisieren. Fast alle jungen Menschen nutzen mehrmals wöchentlich soziale

Netzwerke und die meisten verwenden diese zur Informationsbeschaffung - das können und sollten wir nutzen. Für die interne Bildungsarbeit sind vielfältige Formate wichtig. Das können Vorträge und Gruppenarbeiten sein, aber auch Workshops auf zwei Stufen - grundlegend und aufbauend. Wir müssen bestehende Strukturen hinterfragen und funktionierende weiter unterstützen.

In unserer Arbeit im nächsten Jahr müssen wir gemeinsam als Landesverband unsere neue Position und unsere Aufgaben finden. Dabei sind wir nicht alleine, schließlich haben wir viele Verbündete, wie die anderen Jugendorganisationen. Auch andere Landesverbände sind starke Partner - vor allem die Ostverbände natürlich. Die Grüne Jugend Brandenburg befindet sich in derselben Lage wie wir, hier lassen sich sicherlich Synergien finden.

Es gilt für uns mehrere Wege zu finden, Geld einzunehmen, da einige Mittel durch den Nichteinzug der Grünen in den Landtag fehlen.

Dennoch sind wir weiterhin motiviert, uns für eine gerechte, antifaschistische und queerfeministische Politik einzusetzen, die Umwelt und Klima schützt. Das tun wir innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen, aber vor allem auf den Straßen und im 1 zu 1 Gespräch. Um alle zu inkludieren, sind verschiedene Formate wichtig, da gerade das direkte Gespräch für Introvertierte schwer sein kann.

Innerhalb unseres Verbandes ist es wichtig, Meinungen nicht auszuschließen, mit offenen Ohren aufeinander zu hören und die Positionen des Gegenübers zu achten und zu respektieren.

Dieses Selbstverständnis tragen wir auch nach außen, auf die Straße und in Gesprächen mit Thüringer*innen.

Also los - holen wir uns unsere Zukunft zurück!

Begründung

APO - woher kommt das überhaupt?

Der Begriff der Außerparlamentarischen Opposition (APO) kommt ursprünglich von einer studentischen Protestbewegung aus den 1960er-Jahren. Sie fühlten sich von der schwachen parlamentarischen Opposition nicht vertreten, weshalb sie die APO gründeten. Dabei ging es vor allem um die Unzufriedenheit mit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus der Elterngeneration. Diese waren so sehr mit dem Wiederaufbau beschäftigt, dass sie dies versäumten. Ideologisch kamen die Student*nnen nach Marx, da sie die marxistische Gesellschaftskritik wiederentdeckten. Daher feierten sie auch andere Freiheitskämpfer*innen, wie Rosa Luxemburg und Che Guevara. Sozialwissenschaftler*innen wie Theodor W. Adorno begeisterten mit ihrer antikapitalistischen Kritik an der Konsumgesellschaft.